



Nr. 34 / 15. November 2019

## **Antidiskriminierungsstelle begrüßt ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Monatshygieneartikel**

**Am vergangenen Donnerstag, den 7. November wurde vom Bundestag beschlossen, den bisher erhobenen Mehrwertsteuersatz bei Monatshygieneartikel wie Tampons und Binden von 19% auf den ermäßigten Satz von 7% zu senken. Grund dafür war u.a. die Online-Petition „Die Periode ist kein Luxus“, welche rund 190.000 Menschen unterzeichnet hatten. „Die Entscheidung, den Mehrwertsteuersatz zu senken, ist längst überfällig. Deswegen freue ich mich über diesen Erfolg zum Thema Gleichberechtigung“, sagte die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle Samiah El Samadoni heute in Kiel. Der Bundesrat muss dem Beschluss noch zustimmen.**

In Deutschland werden alle Waren mit dem vollen Steuersatz von 19% besteuert, ausgenommen solche, die als lebensnotwendig gelten. Dazu zählen beispielsweise Grundnahrungsmittel oder Dinge des täglichen Bedarfs. Für diese Produkte zur Grundversorgung gilt der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7%. „Nach dem Steuergesetz gelten Dinge wie Schnittblumen oder Kaviar als lebensnotwendig und werden damit, im Gegensatz zu Monatshygieneartikeln, Windeln und Medikamenten, mit dem ermäßigten Satz besteuert. Das macht keinen Sinn“, so El Samadoni.

Grund für die unterschiedliche Besteuerung war ursprünglich, dass eine Versorgung mit allen lebensnotwendigen Gütern für alle Menschen möglich sein sollte, um damit das Existenzminimum zu sichern. Vor diesem Hintergrund erscheint es jedoch nicht nachvollziehbar, weshalb Produkte wie Tampons bis heute noch unter die Kategorie „Luxusartikel“ fallen. „Diese hohe Besteuerung von Tampons und Co. stellt eine Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts dar“, erklärt die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle.

Länder wie Australien oder Indien haben eine Besteuerung von Monatshygieneartikeln bereits abgeschafft. In Frankreich oder Spanien wurde die Mehrwertsteuer auf diese Produkte gesenkt. „Wir sind in Deutschland nicht gerade Vorreiter bei diesem Thema, wenn man bedenkt, dass die Kritik daran für die Politik nicht neu ist“, so Samiah El Samadoni, „ein möglicher Grund für die bisherige mangelnde Beachtung dieses Themas könnte an der hohen Männerquote in der Politik liegen.“